

Britische Wirtschaft protestiert gegen die Kosten der grünen Energie-Reformen

geschrieben von Emily Gosden | 4. September 2013

Mehrere Minister drücken ein Energiegesetz durch das Parlament, das Milliarden Pfund langzeitlicher Subventionen einführen soll für Low-Carbon-Energiequellen wie Windparks und Kernreaktoren.

Mit den Plänen wird beabsichtigt, ältere und schmutzigere Kohlekraftwerke zu ersetzen, die abgeschaltet werden, damit UK die gesetzlich vorgeschriebenen Ziele hinsichtlich Kohlenstoff-Reduktion und erneuerbare Energien erreichen kann.

Aber die grünen Technologien sind nicht kommerziell lebensfähig ohne die Subventionen. Aufgebracht werden sie durch Zuschläge zu den Stromrechnungen der Verbraucher.

Unberechenbare neue Energiequellen wie Wind machen auch die wirtschaftlichen Aspekte des Baus von Gaskraftwerken schwieriger, da sie nicht länger ununterbrochen laufen werden. Es wird Anreize geben, neue Gaskraftwerke zu betreiben, wenn sie gebraucht werden, z. B. wenn der Wind nicht weht. Die Politik beschreibt das als „eine Premium-Versicherung gegen das Risiko von Blackouts“.

Offiziellen Zahlen zufolge ist der Einheitspreis für Strom als Folge dieser Politik bereits um 30 Cent gestiegen und wird bis zum Jahr 2020 um 50 Cent steigen. Allerdings bestehen die Minister darauf, dass dies billiger wäre als gar nichts zu tun, weil ihren Worten zufolge Gaskraftwerke immer teurer im Betrieb werden.

Eine Umfrage von npower unter 66 leitenden Energiemanagern in wesentlichen industriellen und kommerziellen Unternehmen in UK sowie Energieberatern ergab, dass weniger als die Hälfte von ihnen genau verstanden hat, wie ihre Geschäfte betroffen sein würden.

Drei von vier sagten, sie seien besorgt bzgl. der Reformen. Die meisten führten die Kosten als ihre Hauptsorge an.

Wayne Mitchell, Direktor für industrielle und kommerzielle Verkäufe und Marketing bei npower sagte: „Es zeigt sich, dass die Firmen über die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von UK besorgt sind. Dabei ist das Letzte, was die Regierung will, dass Firmen ins Ausland gehen, um die Folgen der Energiereformen zu umgehen“.

Diese Warnung ist ein Spiegelbild dessen, was auch die Organisation der Hersteller EEF sagte: „solange wir die Preisspirale nach oben nicht im

Griff haben, bergen stark steigende Strompreise das Risiko, dass UK zu einer zunehmend unattraktiven Örtlichkeit für Investitionen der Industrie wird, was die Bemühungen zur wirtschaftlichen Erholung unterminiert“.

Die Minister haben bereits Pläne, wesentliche Energieverbraucher von einigen der Kosten der Reformen auszunehmen. Aber Kritiker sagen, dass das nicht weit genug geht, um die Kosten wirklich zu lindern.

Link:

<http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/10278434/Businesses-protest-over-cost-of-green-energy-reforms.html>

Übersetzt von Chris Frey EIKE

Bemerkung des Übersetzers: Hier geht es zwar um UK, aber warum fällt mir bei so etwas immer auch unser Land ein?